

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagblatt und „Mittleres Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen als Ersatz jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die beispaltige Pettzeile oder deren Raum 15 Pfg., die Sechspaltige Zeilenspalte 10 Pfg., Ausnahmestücke 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Werbung unendlich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Belegabgabe: 10.— Mfr. das Laubend, zuzüglich Postgebühren. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 128

Donnerstag, den 29. Oktober 1931

33. Jahrg.

Die nächste Notverordnung.

Ablauf der Tarifverträge. — Löhne, Preise, Kartelle, Zinsen. — Die Aufgaben des Wirtschaftsbeirates.

Berlin, 28. Oktober.

Was man ursprünglich ein Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung nannte, war, als es bekannt gegeben wurde, nur eine fiktive Notverordnung. Das große Wirtschaftsprogramm, die Anpassung der deutschen Wirtschaft, Preis, Lohn- und Zinsverhältnisse an das Sinken des Umlages, das Sinken des Marktes auf dem Weltmarkt, steht noch bevor. Es ist bis zum letzten möglichen Augenblick vertagt worden, denn dieses Wirtschaftsprogramm soll dazu helfen, die Wintermonate zu überwinden, und der Winter hat im wirtschaftlichen Sinne mit der Veränderung der Verhältnisse am Arbeitsmarkt eigentlich schon begonnen.

Die Dringlichkeit dieses neuen Wirtschaftsprogramms ergibt sich, wenn man daran denkt, daß schon am 31. Oktober zwei Drittel aller Tarif- und Lohnverträge in Deutschland ablaufen, daß also für den bei weitem größten Teil der 18 Millionen deutschen Arbeitnehmer in wenigen Tagen eine Neuregelung der Arbeitsbedingungen erfolgt sein müßte.

Die Reichsregierung, die mit diesem Wirtschaftsprogramm vor höchst verantwortlichen Aufgaben steht, vor Aufgaben, an deren Lösung alle interessierten Kreise gleichmäßig Kritik üben werden, hat zur Stärkung ihrer Autorität einen Wirtschaftsbeirat einberufen, in den die bestellten Kreise selbst ihre Vertreter entsenden. Dieser Wirtschaftsbeirat tritt erst am 29. Oktober zusammen, was praktisch bedeutet, daß seine Gutachten für die Festlegung der Winterlöhne eigentlich schon zu spät kommen würden.

Der Wirtschaftsbeirat, der am Donnerstag unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten zusammentritt, wird bei der Ausarbeitung seiner Gutachten schon die neue Situation in England mit in Betracht ziehen können. Außerdem weiß man nach der Washingtoner Verhandlungssache jetzt, daß Amerika und Frankreich an dem Goldstandard ihrer Währungen festhalten werden, und auch daraus wird für die Regelung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse eine wichtige Richtlinie ergeben.

Für Deutschland handelt es sich darum, mit dem geringeren Bargeldbestand, der auf Grund der Gold- und Devisennotlage der Reichsbank ausgegeben werden kann, durch die Wintermonate zu kommen.

Erst die Beratungen des Wirtschaftsbeirates sollen eine einheitliche Richtlinie für die Regelung der Lohn- und Preisverhältnisse bringen. Es wird deshalb in zahlreichen Lohnverhandlungen wochenweise eine kurzfristige Befristung der geltenden Tarife vorgenommen werden müssen, so daß die endgültige Neuverpflichtung erfolgen kann, wenn die Gutachten des Wirtschaftsbeirates vorliegen. Diese Vertagung der Lohnverpflichtungen um einige Wochen ist um so notwendiger, als die Schlichter bis jetzt keinerlei einheitliche Richtlinien für die Ausübung ihrer Tätigkeit haben.

Für die Beratungen des Wirtschaftsbeirates darf jedoch nicht eine mechanische Lohnregulierung nach unten in Betracht kommen. Das Lohn- und Gehaltsniveau ist in Deutschland seit dem vorigen Jahr im Durchschnitt um mindestens 10 bis 12 Prozent gestiegen.

Die Lebenshaltungskosten haben sich aber selbst nach den vielmehreren Berechnungen des Statistischen Reichsamts nur um höchstens 8 Prozent geholt, wobei besonders der absolut starre Posten der Mietkosten eine große Rolle spielt. Man wird also, um mit geringeren Bargeldbeständen auskommen zu können, eine Umgruppierung auch bei den Preisen und bei den sonstigen Kosten der Lebenshaltung vornehmen müssen, wenn nicht eine neue Verminderung der Abgabemöglichkeiten auf dem inneren Markt eintritt. Der Aufgabenkreis des Wirtschaftsbeirates wird infolgedessen neben der Lohnfrage die Fragen der Preisgestaltung, des Zwischenhandels, das Kartell- und das Zinswesen umfassen. Dieser letzte Punkt besonders wird von Bedeutung sein, da ja die hohen Kreditzinsen einen lähmenden Einfluß auf die deutsche Wirtschaft gehabt haben. Für die Lösung dieser Aufgaben werden dem Wirtschaftsbeirat zwei bis drei Wochen zur Verfügung stehen, denn bis Ende November muß man die neue Notverordnung ausgearbeitet haben, die nicht nur eine Fülle von Verwaltungsmaßnahmen und fiktionalen Abgabeveränderungen, sondern wirklich einmal ein Wirtschaftsprogramm bringen soll.

Sparverordnung vor dem Staatsrat.

Berlin, 27. Oktober.

Der preussische Staatsrat begann einen auf drei Tage berechneten Sitzungsbischoff. Es wurde beschlossen, daß die Beratung über die preussische Sparverordnung am Donnerstag stattfinden soll. Der Minister des Innern, der Kultusminister und Minister Dr. Schreiber, der nach dem Rücktritt Dr. Wilschows das Finanzministerium mitverwaltet, sollen aufgebodet werden, an dieser Sitzung teilzunehmen. Im Mittwoch stehen zur Erzielung der Vorlage über die Verkürzung des Staatsrates, die nach dem Vorschlag des Verfassungsausschusses abzulehnen ist, sowie die Anfrage Freireichers von Capl (Arbeitsgemeinschaft) über die einseitige Verlegung der am Volkseigentum beteiligten Beamten in den Ruhestand.

Parlamentsarbeiten.

Nächste Woche Beginn der Reichstagsauschüsse.

Berlin, 28. Oktober.

Die ersten Reichstagsauschüsse sind bereits für die nächste Woche einberufen worden. Am 4. November beginnt der Volkswirtschaftliche Ausschuss seine Arbeiten. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge über das Zugabewesen. Am 6. November tritt der Sozialpolitische Ausschuss zusammen. Zunächst werden in diesem Ausschuss nur Petitionen beraten. Am 9. November wird der Reichstagsauschuss für landwirtschaftliches Siedlungswesen in die Aussprache über die Siedlung am Rand der Großstädte eintreten. Auch der Kriegsschadigten-Ausschuss ist für die ersten Novembertage einberufen worden. Weitere Ausschusseinberufungen sind in Vorbereitung. Mit der Einberufung des Haushaltsausschusses ist erst für Mitte November zu rechnen. Gegenwärtig tagt der Rechnungsuntersuchung, der die Reichshaushaltsrechnung des Jahres 1930 prüft. Diese Arbeiten werden etwa bis Mitte des Monats dauern, und im Anschluß daran soll dann der Haushaltsausschuss zusammen treten.

Der italienische Staatsbesuch.

Dressempfang bei Grandi.

Berlin, 27. Oktober.

In der italienischen Botschaft empfing Grandi die Vertreter der Presse, wobei er u. a. erklärte: Ich freue mich außerordentlich, mit den Vertretern der deutschen Presse zusammenzukommen, die ich vor allem als Minister des Meisters Italiens, aber auch als Journalist besonders zu begrüßen wünsche, der niemals die Gelegenheit verläßt, das Vergnügen zu genießen, mit Kollegen zusammen zu sein.

Deutschlands Rolle.

Mein Besuch fügt sich in den Rahmen der Besprechungen und des Gedankenaustausches zwischen Staatsmännern ein, die in diesem Jahre in Europa ihren Anfang genommen haben und außerhalb Europas fortgesetzt werden. Sie haben bereits vielversprechende Ergebnisse gezeigt und werden noch größere erlangen. Die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage verlangt die erhöhte Aufmerksamkeit und die größte Bereitwilligkeit zur Überwindung der allgemeinen Krise, für die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den Völkern und des Vertrauens der Völker in sich selbst.

Der Chef der italienischen Regierung hat wiederholt diese Auffassung bekräftigt. Gestalten Sie mir, daran zu erinnern, daß er mehrmals gesagt hat, daß der Wiederaufbau Deutschlands als eines der wichtigsten Elemente für den Wiederaufbau Europas und der ganzen Welt angesehen werden muß.

Der Staatsmann Brüning.

Ich hatte bereits vergangenen Sommer die besondere Freude während der Begegnungen in Paris und London und dann in Rom, mit dem Herrn Reichkanzler zusammenzutreffen. Ebenso wie bei diesen Gelegenheiten konnte ich auch gestern von den hochwichtigen Eigenschaften des Herrn Reichkanzler überzeugen und von der Selbstlosigkeit, mit der er alle seine Kräfte darauf verwendet, die schweren Probleme der Gegenwart zu überwinden.

Alles, was Deutschland in diesen letzten Monaten getan hat, in sich selbst die zur Überwindung der Krise notwendige Kraft zu finden, ist ein Beweis der Lebensfähigkeit und der moralischen Kräfte des deutschen Volkes, das mit ruhigem Optimismus seiner Zukunft entgegengeht darf und kann.

Die Zukunftsaufgaben.

Das jetzt kommende Jahr steht vor weitgehenden und schwierigen Aufgaben, deren Lösung die ganze Welt gespannt erwartet und die wir alle auf die beste Weise durchzuführen müssen. Vor allem sind das Problem der Rüstungen und die Lösungen, die ihm in der nächsten allgemeinen Abrüstungskonferenz gegeben werden können, die Hauptaufgaben der Antretung, die unsere Zivilisation leisten muß, um sich selbst zu retten und unseren Kindern eine geistliche und friedliche Zukunft zu bereiten.

Suidigung für Hindenburg.

Ich gebe mich jetzt zu Seiner Exzellenz dem Feldmarschall von Hindenburg, dem deutschen Reichspräsidenten, um ihm den Wunsch der Regierung Seiner Majestät des Königs von Italien und meine persönliche Suidigung zu überbringen. Die Hochachtung und Ehrerbietung, die seine hervorragende historische Persönlichkeit der ganzen Welt abfordert, machen mir als Soldaten und Frontkämpfer diese Gelegenheit, in ihm auch das tapfere deutsche Volk begrüßen zu dürfen, dessen Gai zu sein ich in diesen Tagen die Ehre habe, besonders ehrenvoll.

Beim Reichspräsidenten.

Am 11 Uhr stattete der italienische Außenminister Grandi dem Reichspräsidenten seinen Besuch ab, der etwa eine halbe Stunde dauerte. Grandi war von dem italienischen Botschafter begleitet. Der Unterredung wohnte Staatssekretär Meliner bei.

Vertrauen und Zusammenarbeit.

Abschluß der deutsch-italienischen Besprechungen.

Berlin, 27. Oktober.

Nach Abschluß der politischen Besprechungen des Reichskanzlers mit dem italienischen Minister des Auswärtigen Grandi wurde folgende Mitteilung herausgegeben:

„Infolge der Anwesenheit des italienischen Außenministers Grandi in Berlin haben zwischen ihm und dem Reichskanzler eingehende politische Besprechungen stattgefunden. Aufstufend an den freundschaftlichen Gedankenansätzen der Reichskanzler bei seinem Besuch in Rom mit dem Chef der italienischen Regierung vornehmen konnte, wurden in diesen Besprechungen alle die großen politischen und wirtschaftlichen Probleme internationaler Art einer eingehenden Untersuchung, deren Lösung von Tag zu Tag dringlicher wird.

Bei der Aussprache, die mit voller Offenheit und in freundschaftlicher Geminnung geführt wurde, ergab sich weitgehende Übereinstimmung in der Beurteilung der Lage und der Notwendigkeiten, die sich aus ihr ergeben. Insbesondere kam auf beiden Seiten die Überzeugung zum Ausdruck, daß die wirksame Bekämpfung einer Krise, wie sie heute die Welt erschüttert, ohne eine planvolle Zusammenarbeit der beteiligten Nationen nicht mehr möglich ist und daß diese Zusammenarbeit, wenn sie zum Erfolge führen soll, auf gegenseitigem Vertrauen und gegenseitiger Achtung gegründet sein muß.“

Abreise der italienischen Gäste.

Besichtigungen Berliner Einrichtungen.

Berlin, 28. Oktober.

Der italienische Außenminister Grandi hat mit seinem Gefolge am Dienstagabend Berlin wieder verlassen und sich nach Rom zurückbegeben. Der letzte Tag des Berliner Aufenthalts wurde von den italienischen Gästen noch zu Besichtigungen verwendet.

Unter der Führung des Generaldirektors der preussischen Museen, Geh. Rats Baezold, besichtigten die Italiener das alte Museum in Berlin und das Pergamon-Museum. Am Dienstagmorgen trafen sie verschiedene Berliner Siedlungen und dem Flughafen auf dem Tempelhofer Feld ihren Besuch ab.

Die würdevolle Art, mit der die Gäste in der deutschen Öffentlichkeit begrüßt worden sind, hat nicht nur bei ihnen einen guten Eindruck hervorgerufen, sondern auch bereits jetzt in der italienischen Öffentlichkeit eine sehr starke Resonanz gefunden, die man an maßgebender deutscher Stelle als ein Argument für die im Zuge befindlichen Verhandlungen mit Italien wertet.

Was die Amerika-Fahrt brachte.

Communiqué Hoovers und Cavals.

Washington, 27. Oktober.

In dem gemeinsamen Communiqué Hoovers und Cavals lautet die hauptsächlichste Punkte: Die traditionelle Freundschaft zwischen Amerika und Frankreich macht eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Regierungen besonders geeignet in dieser Weltdepression. Wir haben sowohl die wirtschaftliche Weltlage erkannt wie die sie beeinflussenden politischen Beziehungen sowie die bevorstehende Abrüstungskonferenz, den Einfluß der Depression auf die internationalen Regierungsschulden, die Stabilisation der internationalen Währungen und andere finanzielle und wirtschaftliche Fragen.

Wir hatten nicht die Absicht, Bindungen einzugehen, sondern haben durch die Diskussion die Natur jedes Problems klarer sirtet, so daß jede der beiden Regierungen von sich aus besser in ihrem Gebiet helfen kann. Wir hoffen, daß die Abrüstungskonferenz den Frieden auf fester, realer Grundlage organisieren wird. Bezüglich der internationalen Schulden erkennen wir an, daß vor Ablauf des Hoover-Memoriums eine Behandlung getroffen werden muß, welche sich auf die Periode der Depression bezieht.

Eingefesteten behalten wir uns vollständig vor.

Die Initiative

sollte jedenfalls bald von den europäischen Mächten ergriffen werden, die mit den Abkommen, welche vor dem 1. Juni 1931 geschlossen wurden, hauptsächlich zu tun haben.

Wir halten die Währungsstabilität für sehr wichtig und insbesondere die Erhaltung des Goldstandards in Amerika und Frankreich.

Diese Fragen werden wir weiter studieren. Unsere nächsten bezüglich der finanziellen und wirtschaftlichen Probleme stimmen überein, und diese Übereinstimmung dürfte den Weg ebnen für eine Diskussion seitens unserer beiden Regierungen.

Paris zur Reife Cavals.

Paris, 28. Oktober.

Das Communiqué über das Ergebnis der Unterredungen Hoovers mit Cavals wird noch nicht allgemein veröffentlicht. Selbst die Redefertigkeiten einiger Sonderberichterstatter, wie das des Außenministers des „Echo de Paris“

und des „Deuore“ am Ende der Nacht noch nicht eingegangen. Soweit aber Kommentare vorliegen, sind sie außerordentlich zurückhaltend. Verschiedene Blätter erklären sogar unumwunden, daß das Ergebnis der Besprechungen recht bescheiden gewesen sei. Der Sonderberichterstatter der Agentur Spasos findet in der gemeinsamen Rundgebung einen ersten Fortschritt auf dem Wege der internationalen Zusammenarbeit, weil als die Aufgabe der Abrüstungskonferenz die Organisation einer soliden und dauerhaften Grundlage für den Frieden bezeichnet werde, und weil die Reparationsfrage nunmehr mit der Kriegsschuldfrage verbunden und erörtert werde, daß Frankreich vor einer neuen Initiative, die seine Handlungsfreiheit auf dem Gebiete der Reparationen einschränken könnte, bewacht bleibe. Die offizielle Telegraphen-Agentur glaubt diese Feststellung hauptsächlich wegen der Bezugnahme des Communiqués auf den Young-Plan machen zu sollen und betont, daß dies vielleicht das konkreteste Ergebnis der Reise sei.

Die Berliner Ansicht.

In Berliner politischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß eine offizielle Verlautbarung immer nur ein Rahmen sei, der später ausgefüllt werden müsse. Einen gewissen Erfolg sieht man darin, daß die Ausrede zwischen Laval und Hoover überhaupt eine Klärung gebracht habe, so daß Deutschland nunmehr wisse, woran es sei. Der Inhalt der Verlautbarung wird nicht dahin aufgefaßt, daß man Deutschland anheimgebe, die Initiative zu ergreifen und ein Memorandum zu erklären. Man meint vielmehr, daß dem Gesamteil der europäischen Gläubiger und Schuldner anheimgegeben sei, diese Frage unter sich zu regeln. Am übrigen könne nicht die Rede davon sein, daß Amerika Europa nicht überlassen werde.

Lavals Abreise.

Er ist von dem Ergebnis befreit.

Neuport, 28. Oktober.

Der französische Ministerpräsident Laval ist kurz nach Mitternacht (nach 6 Uhr früh M.C.Z.) mit der „Isle de France“ aus Neuport nach Frankreich abgereist. Auf einem „Walden“-Dampfer, das die französische Handelskammer in Neuport zu seinen Ehren veranstaltet, erklärte der Ministerpräsident zu seinen Unterhaltungen mit Hoover: „Denn, was wir erwarten können, was wir hoffen, was wir wollen, was wir erwirken können und was von uns erwartet werden kann.“

Das Ergebnis der Unterhaltungen wurde zweifellos eine engere Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich sein, um „unser Kultur gegen die Gefahren, denen sie ausgesetzt ist, zu schützen“. Laval vermachte es, auf Einzelne in der Washingtoner Besprechungen einzugehen. Er unterrichtete lediglich, daß die Bemühungen nicht umsonst gewesen seien.

Die Blätter beschäftigen sich weiter mit diesen Ergebnissen.

„Herold Tribune“

demerkt in einem Heftchen über die Pressestimmen des Landes, die Mehrheit sei der Meinung, daß keines der wichtigeren Probleme durch die Besprechungen gelöst sei, sehe aber die Möglichkeit für eine bessere Verständigung in der Zukunft.

„Chicago Tribune“

lagt, das Communiqué habe lediglich neue Fragen aufgeworfen und neue Ungewissheiten gebracht.

„Herold Tribune“

meint jedoch, abgesehen von der Verständigung über die Methode der Lösung des Schuldensproblems innerhalb des Young-Plans und des Zahlungsfristensystems der amerikanischen Kriegsschuldenspolitik sei die verstärkte Einsicht gewonnen, daß die Vereinigten Staaten auf die französischen Garanzforderungen nicht eingehen könnten, während sie zugleich zugeben, daß die allmähliche Ausgleichung der Ungerechtigkeiten in den Friedensverträgen nicht zuerst die Aufgabe Amerikas sei.

Berlin hat noch keinen Bericht

Das auch für die deutschen Interessen negative Ergebnis der Amerika-Reise des französischen Ministerpräsidenten Laval beschäftigt naturgemäß weiterhin ausführlich die heutige Öffentlichkeit. Es ist daher angebracht, noch einmal hervorzuheben, daß Amerika sich nicht desinteressiert an den europäischen Dingen erklärt habe.

Man kann im Gegenteil als wichtigsten Punkt der Gespräche zwischen Hoover und Laval hervorheben, daß

ein Weg gesucht werden müsse, der eine Hilfe für Deutschland ermöglicht.

Es hat sich in den Washingtoner Verhandlungen klar ergeben, daß auch die Gläubiger überzeugt sind, daß Deutschland den Young-Plan in seinem jetzigen Umfange nicht erfüllen kann. Gläubiger und Schuldner — und in der letzten Hinsicht befindet sich gegenüber Amerika ja auch Frankreich — sind gleichermaßen davon überzeugt, daß nach Ablauf des Hooverjahres, am 1. Juli 1932, ein Weg gefunden werden müsse, der zur Wirtschaftsberichtigung und finanziellen Entlastung der Staaten führt.

Deutschland befindet sich dabei augenblicklich in einer Situation, die ihm das Abwarten ermöglicht, wie man das umfangreiche Communiqué der Laval-Hoover-Konferenz in die Praxis umzusetzen gedenkt.

Die Reichsregierung erwartet zuzeit einen Bericht des deutschen Botschafters in Washington. Der Botschafter hatte schon Gelegenheit, mit dem amerikanischen Staatssekretär des Auswärtigen, Stimson, über den Besuch Lavals zu sprechen.

Vor einer Reparationskonferenz.

Die deutsche Initiative.

Berlin, 28. Oktober.

In Amerika schließt man aus Andeutungen Lavals, daß er beabsichtigt, alsbald nach seiner Heimreise die französische Regierung zur Einberufung einer Reparationskonferenz zu veranlassen, an der alle am Reparationsproblem interessierten Staaten beteiligt sein sollen und die im November, spätestens im Dezember zusammenzutreten soll. Aufgabe dieser Konferenz soll sein, die Frage zu prüfen, ob die Reparationen weiter befristet werden können, und einen neuen Zahlungsplan vorzubereiten, der im Anschluß an den Ablauf des Hoover-Jahres in Kraft treten könnte.

Es handelt sich einwachen um unbedeutende Änderungen über einen solchen Plan, und da es zweifellos einige Zeit dauern wird, bis darüber Genaueres zu erfahren ist, so sind die beteiligten Kreise, insbesondere die verantwortlichen deutschen Stellen darauf angewiesen, die sich aus der augenblicklichen Lage ergebenden Vorwegigkeiten unabhängig von den erwähnten Mutmaßungen ins Auge zu fassen.

In Berliner unterrichteten Kreisen spricht man von der Möglichkeit, daß Deutschland auf Grund des Young-Plans den Antrag auf Einberufung des beratenden Sonderausschusses der B.Z. stellen könnte.

Diese Rückkehr zum Youngplan ist ja noch nach dem Ergebnis der Washingtoner Beratungen ungewiß, und wenn sie auch eine Verzögerung des Tempos für die dringende Neuordnung der deutschen Reparationsverpflichtungen bedeutet, so ist doch eine längere Basis gegeben, von der aus Deutschland den Nachweis der Unmöglichkeit weiterer Zahlungen nach dem bisherigen Plan in Angriff nimmt und überzeugend durchzuführen kann. Auch in Amerika scheint man ja der Meinung zu sein, daß der nächste Schritt auf diesem Wege deutscher Initiative überlassen bleiben müsse.

Keine Initiative Deutschlands?

Man will erst die Rückkehr Lavals abwarten.

Berlin, 28. Oktober.

Ein Berliner Abendblatt will wissen, daß ein deutscher Schritt in der Reparationsfrage bevorstehe, und zwar werde er von der Einberufung des beratenden Sonderausschusses der B.Z. zu beantragen. Das ist bekanntlich der im Youngplan fest vorgesehene Weg.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, kann von einem solchen Schritt vorläufig gar nicht die Rede sein. Natürlich befristete man sich bei dem zuständigen Stellen der Weimerei sehr lebhaft mit dem Ausgang der Washingtoner Besprechungen, aber vorläufig ist noch gar nicht abzusehen, wie die Reparationsfrage vorwärts getrieben werden werde. Das Washingtoner Communiqué legte eine Initiative der europäischen Mächte an, alle festnagelnd ein Einzelgehören Deutschlands. Zunächst mußte man doch abwarten, bis Laval wieder in Paris eingetroffen ist, und dann werde in diplomatischen Verhandlungen, vor allem zwischen Berlin und Paris, das weitere Vorgehen erklärt werden müssen.

Wahrheitlicher als die Ankündigung eines deutschen Schrittes finant nach Ansicht der ausländischen deutschen Stel-

ten schon die amerikanische Meldung, daß Laval die Initiative zur Einberufung einer Konferenz ergreifen werde, mehr aber noch neigt man in Berlin der Auffassung zu, daß es schließlich entsprechend der Formulierung des Washingtoner Communiqués

zu einer gemeinsamen Aktion kommen

wird. Nach Auffassung ununterrichteter Stellen ist es aber am richtigsten, zunächst einmal die Rückkehr Lavals und die sich daran anschließenden diplomatischen Besprechungen abzuwarten.

Diplomatischer Zwischenfall.

Engelung des polnischen Gesandten in Washington.

Washington, 28. Oktober.

Senator Borah hatte mit dem polnischen Gesandten Filipowicz bei dem Abschiedsempfang für Laval in den Räumen der französischen Botschaft eine Ausrede wegen seiner Versicherungen über den Weichselkorridor.

Diese Unterhaltung trug einen rein privaten und ver-

traulichen Charakter.

Der polnische Gesandte hielt es jedoch für nötig, entgegen den Wünschen eine offizielle Verlautbarung über die Unterhaltung herauszugeben, in der gesagt wird, daß Borahs Kenntnisse der mitteleuropäischen Zustände durchaus „mangelhaft“ seien. Senator Borah war über diesen unerwarteten Ausfall des polnischen Diplomaten höchst überrascht. Er sah sich infolgedessen veranlaßt, den Angriff des polnischen Gesandten in einer öffentlichen Erklärung zu beantworten. Borah sagt in seiner Verlautbarung, er habe erwartet, daß die Unterhaltung privater Natur bleiben würde. Er sei daher sehr überrascht gewesen, als Journalisten ihn von der amtlichen Verlautbarung der polnischen Gesandtschaft unterrichteten. Er, Borah, habe keinerlei Absicht gehabt, über die Unterhaltung mit Herrn Filipowicz etwas zu sagen.

Er bedauere, daß das Gedächtnis des Gesandten hinsichtlich dieser Unterhaltung fehlerhaft zu sein scheint. Zeugen der Besprechung Borahs mit Filipowicz erzählten, der polnische Gesandte habe in der Unterhaltung behauptet, daß das Gebiet des Danziger Korridors zu 80 v. H. von Polen bewohnt sei. Borah habe dem polnischen Gesandten darauf erwidert, daß der Korridor in absehbarer Zeit zu 100 v. H. von Polen bewohnt sein würde, wenn die polnische Regierung ihre gegenwärtige Entdeutschungspolitik weiterverfolge.

Der Zwischenfall zwischen Borah und Filipowicz erregt in Washington politischen Kreisen das größte Aufsehen. Dies vornehmlich, weil der polnische Vertreter des Auslands dem Vorsitzenden des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten „mangelhafte Kenntnisse“ der politischen Verhältnisse vorgeworfen hat.

Es ist kennzeichnend, daß die polnische Presse diese Vorgänge durchaus entstellend wiedergibt und daß Laletich sich durch seinen ungenügenden Vertreter erregt zu befürchten. Dies vornehmlich, weil die polnische Zeitung zeigt, daß Borah mit der Unterzeichnung der Korridorfrage einen munden Punkt getroffen hat, an dem Polen ebenso wie Frankreich besonders empfindlich ist. Die Tatsache, daß man im Lande Wilsons die Unmöglichkeit des Korridors nicht nur erkannt hat, sondern auch den Mut findet, diesen Fehler zu betonen und sich für seine Überwindung einzusetzen, ist neben den vielen negativen Eindrücken der Washingtoner Tage immerhin ein Lichtpunkt.

Die Steuern im November.

Im Reich.

5. Wabführung der Lohn- und Kräftesteuer für die Zeit vom 1. bis 31. Oktober (Keine Schönhriff).
10. Monatliche Vorauszahlung der Umlafsteuer. Die Umlafsteuer von steuerpflichtigen Zahlungen ab 1. Oktober tritt jetzt erstmalig in Kraft (Schönhriff 16. November).
10. Die Börsenumsatzsteuer ist anzumelden und im Verrechnungsverfahren zu zahlen.
16. Die Vermögenssteuer ist zu zahlen (Keine Schönhriff).
16. Die Einkommensteuer der Bodmirtschaft ist entsprechend der im letzten Beheide festgesetzten Schuld zu entrichten (Keine Schönhriff).
20. Lohnabzug für die Zeit vom 1. bis 15. November.

In Preußen.

10. Die Bier- oder Getränkesteuer ist fällig.
16. Gemeindefinanzial- und Gemeinbeitragssteuer, ferner die Grundvermögenssteuer und die Hauszinssteuer.

JLSE RÖMER

Roman von Elisabeth Borchard

3. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Auf dem kleinen Eslofa am warmen Kamin saß eine alte, etwa fünfzigjährige Dame mit einem Stridtriumf in der Hand. Eine allmähliche Blondenwuchsfront auf dem weißen Scheitel und darunter ein liebes, freundliches Gesicht mit Augen, in denen eine Welt von Güte strahlte, hervor. Ihre Haltung war noch aufrecht und gerade, der Körper gelund, der Geist frisch und reg.

Ihr zur Seite saß eine jüngere, Anfang der vierziger stehende Dame, eine fastliche, schöne Erscheinung, mit reinen und doch energiegelben Gesichtszügen. Sie sah noch so blühend und jung aus, daß man in ihr nimmermehr die Mutter einer erwachsenen Tochter hätte vermuten können. Sie sah auf den ersten Blick eher wie die ältere Schwester ihrer Tochter aus.

Friedrich sah seit dem tiefen Schmerz, den der Tod des Vaters in seinen jungen Jahren, hatte ein eigenes, wehmütiger Glanz in ihren Augen, ein wehmütiger Zug in ihren Mundwinkeln. Das ließ sie jedoch keineswegs älter, eher noch anzusehen erscheinen.

Die schöne, reiche Witwe bot darum keine geringe Anziehungskraft für hehratslustige Männer, doch Frau Professor Römer vermied mit klugen Takt jegliche darauf bezügliche Annäherung.

Ihre ganze Liebe hatte dem verstorbenen Gatten gehört und ließ dessen vor drei Jahren erfolgten Tode widmet sie sich der einzigen Tochter und der lieben Matrone neben ihr. Frau Sanftmützig Weber, ebenfalls seit einer Reihe von Jahren Witwe, hatte einst Verheiratung an ihr betrachtet und sie wie ihr eigenes Kind geliebt. Professor Römer war schon einundzwanzig Jahre alt gewesen, als er um Jutta Werner geworden hatte und das schöne,

blühende, damals fünfzigjährige Mädchen hatte dem in jod älteren Mann, einen Mann, der ihm die Liebe entgegengebracht, die sich in der Ehe verwirklichte.

Sie identete ihm nur eine Tochter, aber ihr Nummer, dem Gatten nicht auch den so heiß gewünschten Sohn geben zu können, schwand, als sie sah, mit welcher Liebe der Professor sein einziges Kind umgab und für dessen Wohlgehen seine ganze Kraft zu setzen. Sie redete ihm deshalb auch mal etwas zu sehr auf Knaben zugehörten war. Jse wurde abgehört wie ein Knabe, müde tunnen, allerhand Sport treiben, um den Körper zu stärken; und was ihre geistige Ausbildung anbelangte, überließigte sie bald die Knaben ihres Alters. Was Frau Professor Römer mit dieser Erziehung, der sie immer ein Gleichgewicht zu halten suchte, ansahste, war das prächtige Fortwärtliche in der geistigen Welt ihres mit herrlichen Festgegens ausgetasteten Kindes.

So war Jse herangewachsen zur Freude beider Eltern und als sie selbst den Wunsch ausdrückte, das Abiturium zu machen, um auch Archäologie wie ihr Vater zu studieren, konnte des Vaters Lohs und Freunde keine Grenzen. Er nannte Jse „meinen lieben, prächtigen Jungen“ und stellte ihren Willen immer entgegen, hatte er doch schon von früh an Verständnis und Liebe für den Eudium und den Drang, ihr Wissen zu bereichern, in ihre Seele gepflanzt.

Weider sollte er die Resultate seiner Erziehung nicht mehr genießen. Ein Schlaganfall war den kräftigen, müttern in seinem Schaffen lebenden Mann auf das Sterblich und nach seinem Leben ein liches Ende. Der Verlust war für Mutter und Tochter ein zu hoher, als daß er bald hätte überwunden werden können. Aber Jse, die kaum Siebzehnährige, war die erste, die mit eigener Kraft ihren Schmerz Einhalt gebot und durch ihren innerlichen festen Halt auch der völlig bedrohten Mutter Rat und Hilfe wurde. Um die Mutter nicht zu viel allein zu lassen, auch sie fürs erste den weiteren Besuch des Gymnasiums auf. Tod nach und nach, als sich ihr und ihrer Mutter Wohlstand erfüllte und Frau Sanftmützig Werner,

die Witegmutter der Frau Professor Römer, in die eintame Wille in der Wiltandfrage zog, begann die Vorbereitung für das Abiturium zu nehmen. Mit doppeltem Eifer suchte sie die verlorenen Zeit einzuholen, und die Arbeit half ihr über ihren Kummer hinweg. Mit neunzehn Jahren bestand sie dann auch das Abiturium mit Glanz und Auszeichnung und nun hielt sie nichts mehr zurück, ihre und des Vaters Wille zu verwirklichen und das Studium an der Universität zu beginnen. Ihre Mittel erlaubten es ihr, frei nach ihren Wünschen zu leben und zu handeln. Der Vater hatte sie in den glänzendsten Verhältnissen zurückgelassen. Bis zu ihrer Maturprüfung verwaltete ein Better des Vaters, der Bankier Oskar Römer, das bedeutende Vermögen und war auch zugleich ihr Vormund.

Trotzdem sollte ihr ein Sidernis erwachsen, an das sie wohl am wenigsten gedacht hatte.

Ein junger Archäologe, ehemaliger Schüler und Sohn eines Freundes von Professor Römer, war nach seinen Fortschritten nach Griechenland und Neaplen heimgekehrt und hatte sich als Privatdozent an der Berliner Universität niedergelassen. Er war ein Liebling des Professors gewesen, der dem jungen, hehrgeistigen und hochbegabten Manne eine bedeutende Zukunft vorausgesehen hatte. Frau Wadlow hatte schon als Studentin im Hause des Vaters ihn verlobt und für die Jse immer eine besondere Vorliebe gehabt. Das aufgewachte Kind, das schon damals über archäologische Fragen mit ihm diskutierete, hatte ihn interessiert und angezogen.

Vor zwei Jahren war er zurückgekehrt. Er fand den verehrten Freund und Lehrer nicht mehr am Leben, aber seine Tochter zu blühender Schönheit herangewachsen. Dieser Vorliebe war er in die Wille in der Wiltandfrage und vorer dabei sein Herz.

Lange kämpfte er mit sich, ob er um Jses Hand anhalten sollte. Ihr Reichtum würde ihm ab und er tonnte ihr nicht einmal einen Namen, eine Stellung bieten. Wie bald lenne Zweifel und seiner Unentschiedenheit ein Ende bereitet werden sollte, hätte er selbst nicht gemutet.

(Fortsetzung folgt.)

polizei Braunschweigs ist pflichterfüllend bis zum äußersten gehalten habe, zugleich aber erklärt, daß Reichsregierung und Landesregierung es am notwendigsten D u r c h g r e i f e n fehlen lassen.

Schließlich vernahm ich die Erklärung dagegen, daß eine Aufhebung ein Verbot den Bundesrat und ein Demonstrationsverbot für alle Verbände auch auf das Reichsbanner als den Schutz der Republik Anwendung finden sollte.

Leipzig. Die Besprechungen zwischen dem Mitteldeutschen Rundfunk und der Generalintendant der Sächsischen Staatstheater in Dresden über eine Zusammenarbeit auf weite Sicht haben jetzt zu dem Ergebnis geführt, daß bis in das Frühjahr 1932 hinein die Rundfunkübertragung besonders wichtiger und funktionsreicher Aufführungen der Staatsoper festgelegt werden konnte. Der Darbietung der Oper „Bohème“ am vergangenen Sonntag, die auch von verschiedenen deutschen Sendern übernommen wurde, folgt am 19. November eine Übertragung des „Ring des Nibelungen“ unter Leitung von Fritz Busch und am 25. Dezember des „Zauberflöte“. Im Januar 1932 werden einzelne Akte des „Ring des Nibelungen“ und im Februar die Oper „Draheim und Euredith“ von G. Lind übertragen.

Zimmer noch eine Million Fehlbetrag.
Halle. Der Magistrat der Stadt Halle hat beschlossen, zur Sicherung einer geordneten Fürsorge für die Wohlfahrts-erwerbslosen und zum Haushaltsausgleich die 300prozentige Bürgersteuer für das Rechnungsjahr 1931 zu erheben. (Bisher betrug die Steuer 150 Prozent.) Die Wirkung vom 1. November 1931 ab soll die Beitragsteuer eingeleitet werden. Auf diesem Gebiet erhob Halle bisher lediglich die Gemeindebeiträge — seit dem 1. April 1931 mit dem Doppelten der reichsrechtlichen Steuerfüße. Der gesamte Fehlbetrag beläuft sich auf 3,7 Millionen Mark. Neben der Steigerung der Wohlfahrtsraten und dem Rückgang der Steuereingänge

ist auch der Einnahmesturz bei den privatwirtschaftlichen Einkünften der Grund hierfür. Durch Ausgabenentlastung, durch den Ausgleichslohn, durch die Restrechnung und durch erhöhte Ablieferungen der Werke der Stadt Halle A. G. konnten 2,7 Millionen Mark gedeckt werden, so daß noch eine Million Mark zu decken bleibt.

Maestri überlassen nächst einen Landwirt.
Reichardtswerben (Kr. Weiskensfeld). Auf den 71 Jahre alten Landwirt M. L. B. r e c h t, der allein im Haus wohnt, wurde nächst ein dreierlei A u b s t r e i f e n verübt. Abgesehen davon, daß er sich in der letzten Zeit vor dem Bett des Alters und höchsten unter Zusicherung der Herausgabe der von dem Landwirt eingenommenen Rente, die er aber glücklicherweise das Geld auf die Sparte abgedacht hatte, hielten den Räubern nur wenige Werte in die Hände.

Verzugsanlage für Geislerbau.
Lauda (Hrft.). Von der Landwirtschaftsschule in Quersfurt ist die Errichtung einer Geislerverzugsanlage geplant. Es soll in der Verzuhsanlage gepflanzt werden, welche Geisler sich besonders zum Anbau für das Untruital eignen. Die Stadt Laudau hat sich bereit erklärt, das erforderliche Geld zur Verfügung zu stellen.

Endlich Strafverfahren gegen Boykottanforderung.
Schneebed. Die Staatsanwaltschaft hat nach einer Hausdurchsuchung beim Geschäftsführer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, H a r t u n g, ein Strafverfahren eingeleitet. Bei der Durchsuchung wurden Flugblätter gefunden mit der Aufforderung, bestimmte, namentlich aufgeführte Geschäfte zu boykottieren, deren Inhaber sich am Volksentscheid beteiligt hatten. Das Strafverfahren richtet sich gegen die Hersteller und Verbreiter des Flugblattes.

Leipziger Schlachtviehmarkt vom 26. Oktober.

Klasse	heute		vorige	
	Stücke	Preis	Stücke	Preis
Ochsen	1	38-41	1	—
	2	34-37	2	52-56 52-56
	3	30-33	3	48-51 48-51
	4	—	4	40-47 40-47
	5	—	5	—
Kühe	1	30-35 32-34	1	32-36
	2	30-32 26-31	2	28-30
	3	25-29	3	24-27
	4	—	4	—
Schafe	1	33-35 30-36	5	21-23
	2	30-32 26-29	1	50-51
	3	25-29 20-25	2	48-50 48-50
	4	14-24	3	45-47 49-50
	5	—	4	42-44 45-48
Färsen	1	35-40	5	40-41 42-44
	2	30-34	6	—
			7	40-46 41-46

Warenmarkt.

Mittagsbrot. (Mittig.) Getreide und Mehlwaren der 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo im Reichsmark ab Station: Weizen Markt 216-219 (am 26. 10.; 214-217), Roggen Markt 188-190 (185-187), Braugerste 164-173 (164 bis 173), Futter- und Industrieerträge 154-163 (154-163), Hafer Markt 140-143 (138-147), Weizenmehl 27,75 bis 32,25 (27,50-32,25), Roggenmehl 26,75-29 (26,60 bis 28,75), Weizenkleie 10,25-10,50 (10,15-10,40), Roggenkleie 9,25-9,75 (9,25-9,75), Viktoriaerbsen 20-27 (20-27), Getreiden 13,20-13,40 (13,20-13,40), Erdenschnitzel 6-6,20 (6-6,10), Seife 11,80-12,30 (11,70 bis 12,20).

Alle Zeitungen u. Zeitschriften
liefert frei Haus **Richard Arnold**, Buchhandlung

Für den Winter
empfehle
zu herabgesetzten Preisen!

Lodenjoppen - Windjacken - Strickwesten - Pullower
Handschuhe - Herrensocken - Wollne Damen- und Kinderstrümpfe
Strickkleidung für Damen und Mädchen in neuen Farben
Damen-, Herren- und Kinderhemden in weiß und farbig
Schlüpfer in großer Auswahl - Unterhosen für Damen und Herren
Bettlaken - Schlafdecken - Strickwolle von billiger bis bester Qualität
Herren-Hosen in Manchester, Pilot und Halbwohle.

J. G. Glaubig

Sonntag, den 18. Oktober von 11 bis 5 Uhr geöffnet.

Zeht

können Sie auch

mit Tinte durchschreiben!

Auskunft erteilt **Richard Arnold**, Buchhandlung

Schlachte ein junges Rind
und verkaufe ab
Sonnabend früh
Fleisch, Pfund 70 u. 80 Pf.
Otto Ende, Leipziger Straße 11

Freigeschlachte Hasen u. Kaninchen
empfehlen **Ewald Ballmann**.

Schlachte zwei Schweine und verkaufe ab
Sonnabend früh
Fleisch Pfund 75 Pf.
Würst " 85 "
Gehacktes " 90 "
F. Seylmann, Wähle Gabis

Heute neu:
Berliner Illustrierte
Münchener Illustrierte
Hackebeils Illustrierte
UHU
Wahre Erzählungen
Wahre Romane
Vobachs Modenzeitung
fürs deutsche Haus
Beyers
Deutsche Modenzeitung
Beyers Modenblatt
Frauenfleiss
bei
Richard Arnold
Leipziger Straße und Markt

Getriebe Woll-Strümpfe
für
Herren, Damen u. Kinder
in jeder Größe, Farbe und Qualität, äußerst haltbar, warm und preiswert
Große Auswahl in Wolle
Wolle kann auch vom Kunden geliefert werden

Anstricken
fauber, haltbar und preiswert
Außerhalb möblierender Stunden werden gebeten, mich d. Postkarte zu benachrichtigen
Maschinenstrickerei
Fritz Freiberg, Kemberg
Schmiedeberger Straße 12

Zwangsvorversteigerung.
Am **Donnerstag, den 29. Oktober 1931**, versteigere ich um 15 Uhr in Kemberg (Hotel Blauer Hocht):
1 Holzbettstelle, 1 Nachtschränken, weiß lackiert, ca. 300 kg
Bandweilen, 1 Wandbild, 1 Klavier
1 Raffenswagen
Schlus, Gerichtsadvokat Dr. A.

Frühes Hammelfleisch
empfehlen **Ewald Ballmann**.
Prima junges Rindfleisch
frische Leber u. Fleck
empfehlen **Otto Harnisch**

Fettes Rindfleisch
und frische Fleck
empfehlen **Louis Richter**

Donnerstag früh ff. Fettbücklinge
wieder spottbillig
Paul Mierhschte

Bergwiger Brifetts
zentner- und fuhrweise liefert ab Lager
A. Quillig Nachf.

Lehrmädchen
geliebt
Frieda Harnisch, Schneidemstr.

Freie Feuerwehr
Am **Freitag**, den 30. Oktober, abends 7 1/2 Uhr
Übung
anschließend
Bersammlung
im Hotel Blauer Hocht.
Der Oberbrandmeister

VEREIN DUBENBERG HEIDE E.V.
Donnerstag, d. 28. Okt., abds. 7 1/2 Uhr
in der Weintraube
Bersammlung
Um zahlreichen Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Männer-Turn-Verein :: Kemberg
Sonntag, den 1. November, nachmittags 2 Uhr im Hotel Blauer Hocht
Geräte-Mannschaftskampf im Kunstturnen
Stadtfurt-Leopoldshall, Zerbst, Kemberg.
Eintrittspreis 50 Pf. Erwerblos u. Kinder 20 Pf.
Wir laden Freunde und Gönner der Turnnische hiermit herzlich ein
Der Vorstand.

Männer-Turn-Verein - Kemberg
Sonntag, den 1. November, abends ab 7 Uhr im Hotel Blauer Hocht
Sanz-Kränzchen
Es ladet freundlichst ein **Der Vorstand.**

Küchenkanten empfiehlt in reicher Auswahl **Richard Arnold.**

Zu unserer Silberhochzeit sind wir so zahlreich mit Aufmerksamkeiten bedacht und erfreut worden, daß es uns unmöglich ist, jedem Einzelnen zu danken.
Wir bitten deshalb, unsern herzlichsten Dank auf diesem Wege entgegenzunehmen.
Kemberg, im Oktober 1931
Betriebsdirektor
Rudolf Stiebing und Frau
Marie geb. Lehmann

Für die zahlreichen Gratulationen und Geschenke zu unserer Vermählung sagen wir auf diesem Wege allen unsern herzlichsten Dank.
Gaditz, im Oktober 1931
Richard Härta und Frau
Martha geb. Pötzsch

1932
Delizischer Hauskalender
Lahrer hinfender Bote
Illustr. Haus- und Familienkalender
eingetroffen bei
Richard Arnold, Kemberg
Leipziger Straße und Markt

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Remberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Remberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw. ersichtlicher Anspruch auf Zuerstung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 6spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 5spaltige Reklamazeile 40 Pfg., Ausnahmestrich 50 Pfg. / Für „Ruhlo“me von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unentgeltlich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mkt. das Taubend, zuzüglich Postgebühr; Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Remberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 128

Donnerstag, den 29. Oktober 1931

33. Jahrg.

Die nächste Notverordnung.

Ablauf der Tarifverträge. — Löhne, Preise, Kartelle, Zinsen. — Die Aufgaben des Wirtschaftsbeirates.

Berlin, 28. Oktober.

Was man ursprünglich ein Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung nannte, was, als es bekannt gegeben wurde, nur eine fiskalische Notverordnung. Das große Wirtschaftsprogramm, die Anpassung der deutschen Wirtschaft, Preis-, Lohn- und Zinsverhältnisse an das Sinken des Umlages, das Sinken des Umlages auf dem Weltmarkt, steht noch bevor. Es ist bis zum letzten möglichen Augenblick vertagt worden, denn dieses Wirtschaftsprogramm soll dazu helfen, die Wintermonate zu überwinden, und der Winter hat im wirtschaftlichen Sinne mit der Veränderung der Verhältnisse am Arbeitsmarkt eigentlich schon begonnen.

Die Dringlichkeit dieses neuen Wirtschaftsprogramms ergibt sich, wenn man daran denkt, daß schon am 31. Oktober zwei Drittel aller Tarif- und Lohnverträge in Deutschland ablaufen, daß also für den bei weitem größten Teil der 18 Millionen deutschen Arbeitnehmer in wenigen Tagen eine Neuregelung der Arbeitsbedingungen erfolgt sein müßte.

Die Reichsregierung, die mit diesem Wirtschaftsprogramm vor höchst verantwortlichen Aufgaben steht, vor Aufgaben, an deren Lösung alle interessierten Kreise gleichmäßig Kritik üben werden, hat zur Stärkung ihrer Autorität einen Wirtschaftsbeirat einberufen, in den die beteiligten Kreise selbst ihre Vertreter entsenden. Dieser Wirtschaftsbeirat tritt erst am 29. Oktober zusammen, was praktisch bedeutet, daß seine Gutachten für die Festlegung der Winterlöhne eigentlich schon zu spät kommen würden.

Der Wirtschaftsbeirat, der am Donnerstag unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten zusammentritt, wird bei der Ausarbeitung seiner Gutachten schon die neue Situation in England mit in Betracht ziehen können. Außerdem weiß man nach den Washingtoner Verhandlungen bereits, daß Amerika und Frankreich an dem Goldstandard ihrer Währungen festhalten werden, und auch daraus wird sich für die Regelung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse eine wichtige Richtlinie ergeben.

Für Deutschland handelt es sich darum, mit dem geringeren Bargeldbestand, der auf Grund der Gold- und Devisenverträge der Reichsbank ausgegeben werden kann, durch die Wintermonate zu kommen.

Erst die Beratungen des Wirtschaftsbeirates sollen eine einheitliche Richtlinie für die Regelung der Lohn- und Preisverhältnisse bringen. Es wird deshalb in zahlreichen Lohnverhandlungen wahrscheinlich eine kurzfristige Verzögerung der geltenden Tarife vorgenommen werden müssen, so daß die endgültige Neuverpflichtung erfolgen kann, wenn die Gutachten des Wirtschaftsbeirates vorliegen. Diese Vertagung der Lohnverpflichtungen um einige Wochen ist um so notwendiger, als die Schlichter die jetzt keinerlei einheitliche Richtlinien für die Ausübung ihrer Tätigkeit haben.

Für die Beratungen des Wirtschaftsbeirates darf jedoch nicht eine mechanische Lohnregulierung nach unten in Betracht kommen. Das Lohn- und Gehaltsniveau ist in Deutschland seit dem vorigen Jahr im Durchschnitt um mindestens 10 bis 12 Prozent gesunken worden.

Die Lebenshaltungskosten haben sich aber selbst nach den vielmehreren Berechnungen des Statistischen Reichsamts nur um höchstens 8 Prozent gesenkt, wobei besonders der absolut harte Posten der Mietkosten eine große Rolle spielt. Man wird also, um mit geringeren Bargeldbeständen auskommen zu können, eine Umgruppierung auch bei den Preisen und bei den sonstigen Kosten der Lebenshaltung vornehmen müssen, wenn nicht eine neue Verminderung der Lebenshaltungskosten auf dem inneren Markt eintreten soll. Der Aufgabenkreis des Wirtschaftsbeirates wird infolgedessen neben der Lohnfrage die Fragen der Preisgestaltung, des Zwischenhandels, das Kartell- und das Zinswesen umfassen. Dieser letzte Punkt besonders wird von Bedeutung sein, da ja die hohen Kreditzinsen einen lähmenden Einfluß auf die deutsche Wirtschaft gehabt haben. Für die Lösung dieser Aufgaben werden dem Wirtschaftsbeirat zwei bis drei Wochen zur Verfügung stehen, denn bis Ende November muß man die neue Notverordnung ausgearbeitet haben, die nicht nur eine Fülle von Verwaltungsmaßnahmen und fiskalischen Abgabeneränderungen, sondern wirklich einmal ein Wirtschaftsprogramm bringen soll.

Sparverordnung vor dem Staatsrat.

Berlin, 27. Oktober.

Der preussische Staatsrat begann einen auf drei Tage berechneten Sitzungsschicht. Es wurde beschlossen, daß die Beratung über die preussische Sparverordnung am Donnerstag stattfinden soll. Der Minister des Innern, der Kultusminister und Minister Dr. Schreiber, der nach dem Rücktritt Dr. Wichoffs das Finanzministerium mitverwalte, sollen aufgesucht werden, an dieser Sitzung teilzunehmen. Am Mittwoch stehen zur Erledigung die Vorarbeiten über die Verkleinerung des Staatsrates, die nach dem Vorbescheid des Verfassungsausschusses abzulehnen ist, sowie die Anfrage Freiherrn von Gahl (Arbeitsgemeinschaft) über die einheitliche Verlegung der am Volkseigentum beteiligten Beamten in den Ruhestand.

Parlamentsarbeiten.

Nächste Woche Beginn der Reichstagsauschüsse.

Berlin, 28. Oktober.

Die ersten Reichstagsauschüsse sind bereits für die nächste Woche einberufen worden. Am 4. November beginnt der Volkswirtschaftliche Ausschuss seine Arbeiten. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge über das Zugabewesen. Am 6. November tritt der Sozialpolitische Ausschuss zusammen. Zunächst werden in diesem Ausschuss nur Petitionen beraten. Am 9. November wird der Reichstagsausschuss für landwirtschaftliches Siedlungswesen in die Aussprache über die Siedlung am Rand der Großstädte eintreten. Auch der Kriegsbekämpfungsausschuss ist für die ersten Novembertage einberufen worden. Weitere Ausschüssenberufungen sind in Vorbereitung. Die Einberufung des Haushaltsausschusses ist erst für Mitte November zu rechnen. Gegenwärtig tagt der Rechnungsuntersuchung, der die Reichshaushaltsrechnung des Jahres 1930 prüft. Diese Arbeiten werden etwa bis Mitte des Monats dauern, und im Anschluß daran soll dann der Haushaltsausschuss zusammen treten.

Der italienische Staatsbesuch.

Presempfang bei Grandi.

Berlin, 27. Oktober.

In der italienischen Botschaft empfing Grandi die Vertreter der Presse, wobei er u. a. erklärte: Ich freue mich außerordentlich, mit den Vertretern der deutschen Presse zusammenzukommen, die ich vor allem als Minister des Neuen Italiens, aber auch als Journalist besonders zu begrüßen wünsche, der niemals die Gelegenheit verläßt, das Vergnügen zu genießen, mit Kollegen zusammen zu sein.

Deutschlands Rolle.

Mein Besuch fügt sich in den Rahmen der Besprechungen und des Gedankenaustausches zwischen Staatsmännern ein, die in diesem Jahre in Europa ihren Anfang genommen haben und außerhalb Europas fortgesetzt werden. Sie haben bereits wiederholte Ergebnisse gezeigt und werden noch größere erlangen. Die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage verlangt die engeste Aufmerksamkeit und die größte Bereitwilligkeit zur Überwindung der allgemeinen Krise, für die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den Völkern und des Vertrauens der Völker in sich selbst.

Der Chef der italienischen Regierung hat wiederholt diese Auffassung bekräftigt. Gestatten Sie mir, daran zu erinnern, daß er mehrfach gesagt hat, daß der Wiederaufbau Deutschlands als eines der wichtigsten Elemente für den Wiederaufbau Europas und der ganzen Welt angesehen werden muß.

Der Staatsmann Brüning.

Ich hatte bereits vergangenen Sommer die besondere Freude während der Begegnungen in Paris und London und auch in Rom, mit dem Herrn Reichkanzler zusammenzutreffen. Ebenso wie bei diesen Gelegenheiten konnte ich mich auch geltend von dem staatsmännlichen Eigenschaften des Herrn Reichkanzler überzeugen und von der Selbst-



Vertrauen und Zusammenarbeit.

Abschluß der deutsch-italienischen Besprechungen.

Berlin, 27. Oktober.

Nach Abschluß der politischen Besprechungen des Reichsanzlers mit dem italienischen Minister des Auswärtigen Grandi wurde folgende Mitteilung herausgegeben:

„Anlässlich der Anwesenheit des italienischen Außenministers Grandi in Berlin haben zwischen ihm und dem Reichsanzler eingehende politische Besprechungen stattgefunden. Anknüpfend an den freiwilligen Gedenkstiftungen des Reichsanzlers bei seinem Besuch in Rom mit dem Chef der italienischen Regierung vornehmlich wurde in diesen Besprechungen alle die großen politischen und wirtschaftlichen Probleme internationaler Art einer Erörterung unterzogen, deren Lösung von Tag zu Tag dringlicher wird.“

Bei der Aussprache, die mit vollster Offenheit und in freundschaftlichster Stimmung geführt wurde, ergab sich weitgehende Übereinstimmung in der Beurteilung der Lage und der Notwendigkeiten, die sich aus ihr ergeben. Insbesondere kam auf beiden Seiten die Überzeugung zum Ausdruck, daß die wirksame Bekämpfung einer Krise, wie sie heute die Welt erschüttert, ohne eine planvolle Zusammenarbeit der beteiligten Nationen nicht mehr möglich ist und daß diese Zusammenarbeit, wenn sie zum Erfolg führen soll, auf gegenseitigem Vertrauen und gegenseitiger Achtung gegründet sein muß.“

Abreise der italienischen Gäste.

Besichtigungen Berliner Einrichtungen.

Berlin, 28. Oktober.

Der italienische Außenminister Grandi hat mit seinem Gefolge am Dienstagabend Berlin wieder verlassen und sich nach Rom zurückbegeben. Der letzte Tag des Berliner Aufenthalts wurde von den italienischen Gästen noch zu Besichtigungen verwendet.

Unter der Führung des Generaldirektors der preussischen Museen, Grafen Raabold, besichtigten die Statten des alten Museums in Berlin und das Pergamon-Museum. Am Dienstagnachmittag trafen sie verschiedenen Berliner Siedlungen und dem Flughafen auf dem Tempelhofer Feld ihren Besuch ab.

Die würdevolle Art, mit der die Gäste in der deutschen Öffentlichkeit begrüßt worden sind, hat nicht nur bei ihnen einen guten Eindruck hervorgerufen, sondern auch bereits jetzt in der italienischen Öffentlichkeit eine sehr starke Resonanz gefunden, die man auf erhebender deutscher Seite als ein Merkmal für die im Zuge befindlichen Verhandlungen mit Statten merkt.

Was die Amerika-Fabri brachte.

Communiqué Hoovers und Locais.

Washington, 27. Oktober.

In dem gemeinsamen Communiqué Hoovers und Locais lautet die hauptsächlichste Punkte: Die traditionelle Freundschaft zwischen Amerika und Frankreich macht eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Regierungen besonders geeignet in dieser Weltdepression. Wir haben sowohl die wirtschaftliche Weltlage erkannt wie die sie beeinflussenden politischen Beziehungen sowie die bevorstehende Abrüstungskonferenz, den Einfluß der Depression auf die internationalen Regierungskreisen, die Stabilisation der internationalen Währungen und andere finanzielle und wirtschaftliche Fragen.

Wir hatten nicht die Absicht, Bindungen einzugehen, sondern haben durch die Diskussion die Natur jedes Problems klarer gesehen, so daß jede der beiden Regierungen von sich aus besser in ihrem Gebiet helfen kann. Wir hoffen, daß die Abrüstungskonferenz den Frieden auf fester, realer Grundlage organisieren wird. Bezüglich der internationalen Schulden erkennen wir an, daß vor Ablauf des Hoover-Memorandums eine Veränderung getroffen werden muß, welche sich auf die Periode der Depression bezieht. Einzelheiten behalten wir uns vollständig vor.

Die Initiative.

solte jedenfalls bald von den europäischen Mächten ergriffen werden, die mit den Abkommen, welche vor dem 1. Juli 1931 geschlossen wurden, hauptsächlich zu tun haben.

Wir hatten die Währungsstabilität für sehr wichtig und insbesondere die Erfüllung des Goldstandards in Amerika und Frankreich.

Diese Frage werden wir weiter studieren. Unsere Ansichten bezüglich der finanziellen und wirtschaftlichen Probleme stimmen überein, und diese Übereinstimmung dürfte den Weg ebnen für eine Hilfsaktion seitens unserer beiden Regierungen.

Paris zur Reise Lovats.

Paris, 26. Oktober.

Das Communiqué über das Ergebnis der Unterredungen Hoovers mit Canal wird noch nicht allgemein bekannt. Selbst die Kabeltelegramme einiger Sonderberichterstatter, wie das des Außenministers des „Echo de Paris“